Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 48

Artikel: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt?
Autor: Eberle, Willi / Schäppi, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652193

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willi Eberle / Hans Schäppi

Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt?

Zur aktuellen Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz

In den frühen 70er Jahren begann für die kapitalistische Weltökonomie eine Phase mit niedriger Akkumulation und hoher Arbeitslosigkeit. Dieser Bruch traf die Schweiz in der Krise 1974/75 besonders hart, gingen dabei doch ca. 370'000 Arbeitsplätze verloren. Dies geschah zum grössten Teil auf Kosten von ausländischen Arbeitskräften, Frauen und Jugendlichen. In der langanhaltenden Wachstumsschwäche schwanden auch die strukturellen Grundlagen für eine Fortführung der typisch schweizerischen Variante des liberal-korporatistischen Regimes, wie er etwa als Fordismus, Wachstumspakt oder Keynesianismus beschrieben wird (Eberle/Schäppi 2002, 2004). Im Rahmen dieses Wachstumspaktes, der ab den späten 40er Jahren die eigentliche Raison d'être der sozialdemokratischen Politik beinhaltete, konnten unter Bedingungen expansiven Wachstums und dem Einbezug der reformistischen Massenorganisationen der Lohnabhängigen die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach Verteilungsgerechtigkeit vor allem in Europa, aber auch in Japan und den USA schrittweise realisiert werden. Steigende Masseneinkommen, staatliche Konjunktursteuerung, Ausbau öffentlicher Sozialversicherungen, gleicher Zugang zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen und anderen öffentlichen Dienstleistungen und die Verbesserung des Service Public hatten in der Schweiz wie auch im übrigen Europa, Japan und den USA die Nachkriegsentwicklung geprägt.

Vom Fortschritt in die soziale Regression

Seit dem Ende der 70er Jahre zielte die neoliberale Politik darauf ab, die Einflussmöglichkeiten der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften im Betrieb und in der Politik zurückzudrängen sowie Lohn- und Budgetrestriktionen durchzusetzen. Während in der Zeit der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit die Reallöhne mehr oder weniger der Produktivität folgten und die Massenkaufkraft anstieg, hat sich ab Mitte der 70er Jahre in der Schweiz, wie in anderen Ländern, die Produktivitätsentwicklung von der Reallohnentwicklung abgekoppelt. Mit dem Absinken oder Stagnieren der Reallöhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen breiteten sich die Niedriglohnsektoren aus, wurde die Existenz einer grossen Zahl von Lohnabhängigen prekarisiert und entstand neue Armut. Bevölkerungsgruppen wie AusländerInnen, Flüchtlinge, nur noch von der AHV lebende Alte, schwache Lohnabhängige, Invalide, Arbeitslose werden marginalisiert.

Zugenommen haben seit dem Beginn der 80er Jahre hingegen die Gewinneinkommen der Kapitalbesitzer, so dass in der Schweiz wie in der gesamten OECD der Anteil der Lohneinkommen am Bruttoinlandprodukt, die sogenannte Lohnquote, seit der Mitte der 70er Jahre von ca. 3/4 auf ca. 2/3 gesunken ist, nachdem diese während des Wachstumspaktes hatte erhöht werden können. Trotz steigender Profite wird aber nicht mehr in eine entsprechende Erweiterung des Produktionsapparates investiert, was Arbeitsplätze schaffen würde. Denn einerseits werden durch die restriktive Politik der Neoliberalen die Massenkaufkraft und damit die Absatzmöglichkeiten eingeschränkt. Und andererseits haben sich in der Gesellschaft die Bedürfnisse stark auf Bereiche wie öffentlicher Verkehr, Gesundheit und Bildung verlagert. Diese können kapitalistisch weniger rentabilisiert werden, vielmehr soll gerade bei ihnen heute gespart werden. Die aus verschärfter Ausbeutung ab den 80er Jahren resultierenden Profite fliessen so nicht in produktive Investitionen, sondern in die Spekulation, in Firmenübernahmen und in Finanzgeschäfte und über eine Erhöhung der Gewinneinkommen in den Luxuskonsum einer kleinen Oberschicht.

In den Randregionen der Weltwirtschaft nimmt dieser Trend nach unten im Griff der internationalen Finanzorganisationen, der NATO und der G8 unter der Führung der USA einen besonders dramatischen Verlauf. Und unterwirft sich ein Land nicht dieser Machtordnung, so wird es seit den 90er Jahren mit militärischen Mitteln terrorisiert. Mit Recht kann deshalb von einer Neubelebung des imperialistischen Charakters internationaler Beziehungen und von Ausbeutung gesprochen werden. Seit den frühen 80er Jahren hat der globale Kapitalismus eine Dynamik der sozialen Regression eingeleitet. Dabei zerfielen die für den Wachstumspakt typischen Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik. Und dies wurde seit Mitte der 90er Jahre von den organisierten Kapitalinteressen in der sogenannten „neoliberalen Reform" ausgenutzt, nicht zuletzt im Namen der „Neuen Mitte" à la Blair und Schröder (vgl. Widerspruch Heft 34).

Weltweit wird im allgemeinen mit den Regierungen Reagan, Thatcher und Kohl die Wende zu einer Politik der neoliberalen Offensive um den Beginn der 80er Jahren angesetzt. In der Schweiz hat sich der Politikwechsel aufgrund des politischen Konkordanzmodells mit mehr Kontinuität vollzogen. Die Schwerpunkte der politischen Diskussionen und Massnahmen verlagerten sich bereits sehr früh nach dem Kriseneinbruch 1974/75 von dem Ziel der Konjunkturstabilisierung auf die Erfordernisse einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft (Standortkonkurrenz). So wurden beispielsweise Massnahmen zur finanzpolitischen Stabilisierung, ein Ausbaustopp bei den Sozialversicherungen, insbesondere bei der AHV, ein Einstellungsstopp bei der Bundesverwaltung, ein Ausbau des polizeilichen Repressionsapparates und eine konjunkturpolitisch ausgerichtete AusländerInnenpolitik konzipiert und meistens auch umgesetzt. Und in der Wirtschaft setzte eine tiefgreifende und anhaltende Restrukturierung ein. In wichtigen Themen

der Arbeitswelt, der Wirtschaftspolitik, der Demokratisierung und der Sozialversicherungen kam es zur Blockierung, so dass bis heute materiell kaum mehr Verbesserungen für die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen, für Alte, Jugendliche, Kranke, Invalide, ImmigrantInnen und Frauen erreicht werden konnten und ab den 90er Jahren Verschlechterungen hingenommen werden mussten.

Das Wirtschaftsprogramm 1994 der SPS

In dreierlei Hinsicht lassen sich während der 1980er Jahre wichtige strukturelle Veränderungen feststellen, die für die SPS zu Beginn der 90er Jahre eine Neuausrichtung nahelegten: der Aufstieg der professionellen Mittelschichten (Eberle/Schäppi 2001), eine seit 15 Jahren andauernde Blockade traditioneller wie auch „neuer" linke Reformprojekte sowie die Veränderungen im internationalen Staatensystem (Zusammenbruch der Sowjetunion, sich beschleunigende Europäische Integration).

Mitte der 70er Jahre hatte in der Schweiz eine tiefgreifende Umstrukturierung in den Kernsektoren des zuende gehenden liberal-korporatistischen Wachstumspaktes eingesetzt, sowohl in der kriselnden Metall-, Maschinen-, Elektro-, Uhren- und Apparateindustrie als auch in der Chemie- und Pharmaindustrie, die sich zum dynamischsten Segment der Schweizer Exportindustrie entwickelten. Die Textil- und Bekleidungsindustrie wurde mehr oder weniger geschleift. Und die Schweizer Finanzindustrie passte sich den neuen Gegebenheiten gegen Ende 80er Jahre recht schnell an und prosperierte zusammen mit dem Sektor der Finanz- und Unternehmensberatung, der Treuhand-, Technologie-, Werbe- und Designfirmen, der Wissenschaft und Bildung und einem sich seit den 70er Jahren modernisierenden Staatsapparat. Diese Strukturveränderungen schwächten die Gewerkschaften. Die Beschäftigten in den aufstrebenden Sektoren und in den Berufen, die diese neoliberale Umgestaltung von Wirtschaft und Politik implementieren, die „WissensarbeiterInnen" oder professionellen Mittelschichten, gewannen gleichzeitig an Bedeutung. Sie waren und sind weiterhin die ideologischen TrägerInnen und zumindest teilweise die GewinnerInnen unter den Lohnabhängigen und den KleinstunternehmerInnen im Rahmen dieses neuen Regimes. Sie gewannen in der SPS zunehmend an Einfluss und wurden ab den 80er Jahren immer mehr zur umworbenen Zielgruppe der sozialdemokratischen Wahlstrategie. All diese Restrukturierungen führten seither zu einer Steigerung der Gewinne, während in den traditionellen Politikfeldern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit keine Fortschritte mehr erzielt wurden, wie auch hinsichtlich der „immateriellen Werte" (etwa Ökologie, Verkehrs- und Geschlechterpolitik) keine nennenswerten Erfolge verbucht werden konnten.

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtblocks war der Kapitalismus beinahe global geworden. Dies löste vorerst in Europa und auch in der Schweiz nach einer seit 15 Jahren anhaltenden Wachstumsschwäche eine Euphorie aus, hoffte man doch auf neue Wachstumsmöglichkeiten, vor allem durch eine Erschliessung der Märkte Osteuropas. Dies verlieh dem seit Anfang der 80er Jahre beschleunigten Prozess der Integration Europas neuen Schwung. Diese erhielt zudem ab Mitte der 1980er Jahre, nach dem Scheitern der Regierung Mauroy in Frankreich (1982), immer deutlicher Konturen einer neoliberalen Offensive. Die Schweizer Sozialdemokratie setzte unter dem damaligen neuen Präsidenten Peter Bodenmann auf neue Bündnisse mit dem international orientierten, othodox-liberalen Flügel der Schweizer Bourgeoisie gegen die aufsteigende, autoritär-chauvinistische Rechte unter der Führung der SVP. Die SPS wollte sich als modernisierungsfreundliche Partei profilieren, die die intelligenten und richtigen Rezepte für Wirtschaftswachstum und einen modernen, leistungsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz hat.

Das SPS Programm von 1994 setzte die Prioritäten auf eine neokeynesianische Erneuerung. Mit Hilfe der „richtigen" Wirtschafts- und Technologiepolitik sollte wieder ein Wirtschaftswachstum wie im Fordismus eingeleitet werden, welches eine Rückkehr zur Umverteilungspolitik erlaubt. Zudem sollte dies „umweltneutral" gestaltet werden mit der magischen Formel des „Faktor Vier" (Doppeltes Wachstum mit doppeltem Umweltschutz). Da neokeynesianische Politik im nationalen Rahmen nicht mehr möglich schien, sollte eine möglichst schnelle Integration in die EU den nötigen Regulierungsrahmen abgeben. Die meisten Forderungen wurden vor diesem Hintergrund begründet. Es gab zwar auch eine Reihe von linken, demokratischen und konkreten Antworten auf die Probleme breiter Bevölkerungsschichten, wie z.B. eine massive Verkürzung der Wochenarbeitszeit (40 resp. 35 Stunden), eine grosszügige Asylpolitik, eine gesellschaftliche Neudefinition von Arbeit, eine stärkere Besteuerung der Vermögen und der Kapitaleinkommen, die Stärkung der AHV auf Kosten der 2. Säule, eine sozialere Finanzierung der Krankenversicherung, Wohnungsbau und einiges mehr. Aber es verstand sich aus dem Programm wie von selbst, dass diese „fortschrittlichen" Pfade erst beschritten werden können, wenn in der Schweiz die hohen Wachstumsraten der 60er Jahre wieder hergestellt sind. Dazu sollten staatsquotenneutrale Standort- und Konjunkturpolitik, mehr Wettbewerb und ökologisch verträgliche Technik und eine Effizienzsteigerung in der Privatwirtschaft, in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beitragen.

In einer nüchternen Bilanz des 94er Programmes der SPS ist festzustellen, dass das Hauptziel, Wachstum und damit mehr Arbeitsplätze als Voraussetzung von Umverteilung und von sozialen und ökologischen Reformen zu schaffen, nicht erreicht wurde. Vielmehr sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Bevölkerungsschichten unsicherer

geworden. Der Beitritt zur EU ist heute, nach den Bilateralen Verträgen I und II, keine realistische Option mehr. Bei den Sozialversicherungen ist seit langem eine Blockierung eingetreten, die Steuerlast wird zunehmend ungerechter verteilt, die Privatisierungen schreiten voran. All dies wurde von SPS-Exponenten in Partei und Parlamenten mitgetragen. Die SPS selbst, zumindest der starke sozialliberale Flügel um Simonetta Sommaruga und Rudolf Strahm, haben in wichtigen Fragen (Arbeitszeitverkürzung, Krankenversicherungen, Altersvorsorge, Steuern, Privatisierungen, Gewerkschaften) Positionen vertreten, die mit dem Programm von 1994 nicht vereinbar sind. Weitere Verschlechterungen z.B. in der Arbeitslosenversicherung, dem Strommarktgesetz, der Sozialfürsorge konnten nur durch Mobilisierungen vor allem seitens der Gewerkschaften (und kleinerer Linksparteien) verhindert werden, die sich bei den Frühpensionierungen und den Mindestlöhnen durchsetzen konnten.

Vor allem aber haben sich die Aussichten für eine neo-korporatistische Politik, wie sie im Programm von 1994 anvisiert wurden, weiter verschlechtert. In der Krise des Wirtschaftsfreisinns, die sich durch verschiedene Skandale (Swissair, Rentenanstalt, etc.) und die persönliche Bereicherung von Management und Verwaltungsräten zuspitzte, konnte das bürgerliche Machtkartell nur gefestigt werden, indem die SVP durch die Wahl Blochers in den Bundesrat verstärkt in die Regierung einbezogen wurde; sie verfügt dank einer nationalistischen Mobilisierung als einzige bürgerliche Partei über eine intakte Massenbasis. In den wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen haben die FdP und die CVP sich bislang eher für ein Bündnis mit der SVP als mit der SPS interessiert!

SPS am Wendepunkt

Die Hegemonie des Neoliberalismus erreichte ihren Höhepunkt 1995, als die WTO gegründet wurde und kaum jemand diese von den USA und den industrialisierten Ländern dominierte Organisation in Frage stellte. Der Washingtoner Konsens, die Leitlinie zur Neuordnung der Weltwirtschaft, schien auf allgemeine Zustimmung zu stossen. Heute, zehn Jahre danach, hat sich das gründlich geändert. Der Widerstand der globalisierungskritischen Bewegung, der Antikriegsbewegung und des kämpferischen Teils der Gewerkschaften gegen das neoliberale Projekt wird breiter. Die Legitimitätskrise des neoliberalen Projekts verschärft haben die Asienkrise 1997, das Platzen der Börsenblase, Firmenskandale in und ausserhalb der Schweiz, ungebremste Abzockerei und unglaubliches Missmanagement. Nicht unterschätzt werden darf auch der Irakkrieg und seine Folgen. Weltweite Massendemonstrationen habe artikuliert, was Globalisierung heisst: imperialistische Raubzüge im Dienste Multinationaler Konzerne und im Namen von „Freiheit“ und „Demokratie“. Der Spielraum für linke „Mittelwege“ ist dadurch in vielen Konfliktregionen enger geworden;

entweder versucht man sich an die neoliberale Strömung anzupassen oder man entschliesst sich, dagegen Widerstand zu leisten, so auch im westeuropäischen Kontext.

Diese Spannungen internationaler Politik sind auch an der SPS nicht spurlos vorbeigegangen. Seit 1994 haben sich auch in der Schweiz die Voraussetzungen für einen funktionierenden Pakt mit bürgerlichen Kräften verschlechtert. So begannen sich Teile der SPS wieder verstärkt den Gewerkschaften zuzuwenden. Eine andere Möglichkeit bestand allerdings darin, die Positionen der SPS zu revidieren, vom Postulat der Verteilungsgerechtigkeit abzurücken und das Programm dem neoliberalen Diskurs anzupassen, um damit die Möglichkeiten für einen neuen korporatistischen Pakt, einen Flexibilisierungspakt, mit den Bürgerlichen nicht zu verbauen. Diese Strategie verfolgen Simonetta Sommaruga und Rudolf Strahm recht konsequent in ihrem Buch „Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan". Um einen Konsens mit den „Reformfreisinnigen" oder „Reformbürgerlichen" zu erzielen, nähern sie sich neoliberalen Vorstellungen in vielen Punkten an. Ihrem Buch liegt ein Marktoptimismus zugrunde, d.h. der Glaube an den Markt und den Wettbewerb als effiziente Mechanismen der Zuteilung von Gütern und Ressourcen. Die heutigen Probleme orten sie einerseits in Markthemmnissen und Wettbewerbsbeschränkungen oder, was die Arbeitslosigkeit betrifft, in einer beschränkten Marktfähigkeit und fehlenden Qualitäten der Arbeitskräfte.

Dennoch ist klar: Sommaruga und Strahm haben zwar die Wende von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Programmatik mitvollzogen, sie sind aber keine Neoliberale. Während diese eine Reduktion der Staatsquote, den Abbau des Sozialstaates und eine Zerstörung oder mindestens eine Disziplinierung der Gewerkschaften anstreben, wollen Sommaruga und Strahm den Sozialstaat neu ausrichten. Dessen Hauptaufgabe ist es nicht mehr, Marktrisiken abzusichern und mit Umverteilung allen ein minimales Einkommen zu sichern, sondern alle Personen gewinnorientiert markt- und arbeitsfähig zu machen. Sicher hatte Sozialpolitik immer schon zwei Seiten: Einerseits die Absicherung gegen Risiken und damit die Garantie von sozialer Sicherheit, und andererseits die repressive Unterordnung von kapitalistisch verwertbarer Arbeitskraft. Bemerkenswert bei Sommaruga und Strahm ist, wie offen sie die repressive Seite der Sozialpolitik in den Vordergrund stellen. Das Buch strotzt von „Reformvorschlägen" zu einer „work first policy", die mit Anreizen und Zwängen Arbeitslose, Ungelernte, AusländerInnen und Invalide besser in den Arbeitsprozess zu integrieren hat. Ein „reformatorisches" Arbeitsethos feiert trotz fehlender Arbeitsplätze eine Renaissance, und die produktivistische Phantasie kennt keine Grenzen.

Die strategische Stossrichtung des „Reformplans" von Sommaruga und Strahm ist unmissverständlich: Wenn eine korporatistische Politik in der Schweiz noch Chancen haben soll, so müssen die Interessen des grossen

Teils der Bevölkerung fallengelassen werden. Ein Flexibilisierungspakt mit den Bürgerlichen kann nur auf die Interessen der professionellen Mittelschichten ausgerichtet sein, die von einer Flexibilisierung und Modernisierung noch profitieren könnten. Um einen solchen Pakt nicht zu gefährden, grenzen sich Sommaruga und Strahm in stark moralisierender Form von anderen linken und gewerkschaftlichen Positionen ab. Auch die globalisierungskritische Bewegung wird aufgespalten in Vernünftige und in Extremisten (so etwa José Bové). Ob die „Reformbürgerlichen" hingegen auf ein solches Bündnisangebot eingehen werden, ist ungewiss. Diese gehen z.B. von der Einschätzung aus, dass es in Europa, insbesondere in Osteuropa, noch genügend gut ausgebildete, marktfähige und zudem fügsame Arbeitskräfte gibt. Übertriebene Massnahmen zur Ausbildung und Integration von Arbeitslosen, Ungelernten, Kranken und Invaliden, welche die Profite schmälern, also erübrigen sich, solange die Gesellschaft deren Reproduktionskosten trägt. Einverstanden sind sie hingegen sicher mit der Zielvorstellung, die soziale Grundsicherung abzusenken und zu durchlöchern, um den Zwang zur Erwerbsarbeit zu verstärken. „Reformvorschläge", wie sie Sommaruga und Strahm vorbringen, dürften so kaum zu einer Deblockierung der „Reformstaus" in der Schweiz führen.

Aus linker Sicht ist der „Reformplan" von Sommaruga und Strahm aber auch aus anderen Gründen problematisch. Da eine soziale Umverteilung in der heutigen Situation nicht mehr realistisch erscheint und bestimmt nicht im Konsens mit Bürgerlichen verwirklicht werden kann, wird soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, ähnlich wie in den Konzepten von Blair und Schröder, auf Chancengleichheit bzw. Marktfähigkeit reduziert. Chancengleichheit lässt sich aber von materieller Gleichheit und sozialer Umverteilung nicht trennen. Denn wer die soziale Grundsicherung in Frage stellt, um den Zwang zur Erwerbsarbeit zu erhöhen, der fördert damit gleichzeitig das Lohndumping, ein Absinken des Lohnniveaus und die neue Armut. Auch die Preissenkungen, für die sich Sommaruga und Strahm begeistern, dürften negative Auswirkungen auf die Löhne haben. Dies zeigt das Fazit der „Reformagenda" in Grossbritannien und Deutschland. In beiden Ländern nimmt unter einer sozialdemokratischen Mehrheitsregierung die soziale Ungleichheit massiv zu, wenngleich die Arbeitslosigkeit in Grossbritannien relativ niedrig ist. Sozialliberale Regierungen können sich deshalb an der Macht halten, weil eine härtere neoliberale bürgerliche Politik für die grosse Mehrheit der Bevölkerung keine Alternative darstellt. Damit leisten die sozialdemokratischen Modernisierer ihren Beitrag nicht nur zur Verschärfung der sozialen Krisen, sondern auch zur Aushöhlung der Demokratie.

Eine andere strategische Aufgabe in der SPS-Programmdiskussion bestünde darin, die korporatistischen Vorstellungen zu hinterfragen, weil die gesellschaftliche und politische Entwicklung seit 1994 diese obsolet gemacht hat. Dieses Problem wird in den Diskussionspapieren von Jean-

Claude Rennwald und des Oltener Kreises angedeutet. Ausgangspunkt sind zwei Feststellungen: Erstens wird der Spielraum für Kompromisse mit den Bürgerlichen immer enger; in den letzten zehn Jahren konnten vorab die Neoliberalen ihre Agenda durchsetzen, wie dies kürzlich richtig bilanziert worden ist (Baltensperger 2005). Und zweitens führt die Ausrichtung auf die professionellen Mittelschichten zu einer Abwanderung vieler von der Modernisierung bedrohter Lohnabhängiger zur SVP. Eine linke SPS-Politik, welche mit dem Korporatismus bricht, müsste eine Ausrichtung auf die breiten Bevölkerungsschichten beinhalten, unabhängig davon, ob sie ein Stimmrecht haben oder nicht. Auch müsste sie auf Mobilisierungen und Aktionen sowie auf eine Demokratisierung der Partei, d.h. die Schulung und Aktivierung von Mitgliedern und Vertrauensleuten, sowie auf Bündnisse mit sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften ausgerichtet sein. Dass sich diese Stossrichtung in der SPS-Programmdiskussion durchsetzen wird, ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Viel eher wird das Zentrum in der SPS nach Kompromissen zwischen den verschiedenen Strömungen suchen. Als mögliche Klammern zwischen den rechten und linken Flügeln werden dann erneut die Wachstumspolitik und die Ausrichtung auf den EU-Beitritt herhalten.

Die Notwendigkeit eines linken emanzipatorischen Projekts

Die Schweizer Linke, insbesondere die SPS, trägt für die Gewinnung einer globalen emanzipatorischen Perspektive eine Verantwortung. Denn die Schweiz spielt mit ihrem hohen Anteil an multinationalen Konzernen und der massierten Finanzindustrie eine wichtige Rolle in der Globalisierung bzw. im imperialistischen System, und es ist in der Schweiz nicht gelungen, der sozialen Regression in der Arbeitswelt, im Bereich der Sozialen Sicherheit, beim Service Public und bei den demokratischen Rechten mit einer radikalen egalitären, solidarischen und demokratischen Alternative entgegenzutreten. Es ist nicht zu erwarten, dass eine solche Perspektive in der Berner Konsensmaschinerie, am Runden Tisch oder im Wettbewerb um die Gunst der Medien gewonnen werden könnte. Die Linke kommt heute nicht daran vorbei, den bürgerlichen Eliten, seien es Sommarugas und Strahms „Reformbürgerlichen" oder den SVP-Reaktionären, zu widersprechen und ihnen die Macht, die sie verteidigen, streitig zu machen. Das heisst für die emanzipatorische Linke in der Schweiz in erster Linie: Die Herrschaft der Konzerne und der Finanzindustrie muss herausgefordert werden.

Wollte die SPS sich ernsthaft dieser Herausforderung stellen, würden sich organisatorische und strategische Neu-Orientierungen aufdrängen: die SPS müsste demokratisiert werden, und sie müsste eine entscheidende Kraft werden im Kampf gegen die in den vergangenen Jahrzehnten verstärkte Herrschaft über die Lohnabhängigen in der Gesellschaft und im Arbeitsleben. Dies ist nur möglich, wenn sich die SPS mit den aktiven

Teilen der Gewerkschaftsbewegung verbündet und vor allem selbst in den Betrieben und in der öffentlichen Verwaltung durch politische und gewerkschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten präsent ist. Die Programmdebatte wäre als ein Prozess zu verstehen, in dem sich die Partei periodisch über ihre wichtigsten Ziele verständigt. Und dieses Programm müsste für alle Parteimitglieder verbindlich sein, für Basisaktivistinnen und -aktivisten wie für Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Parlamentarierinnen, aber auch – im Rahmen ihrer institutionellen Möglichkeiten – für die leitenden Beamtinnen und Beamten und für die verantwortlichen Manager von öffentlichen Unternehmen. Damit könnte das Parteiprogramm bereits während seiner Diskussion zu einem zentralen Referenzpunkt für das politische Handeln der Partei werden, und die Parteimitglieder, könnten in den Bewegungen und den Gewerkschaftskreisen zu einem wichtigen und berechenbaren Faktor des Kampfes für Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Demokratie werden.

Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeitsverhältnisse der breiten Bevölkerungsschichten stellt das Hauptproblem einer linken Politik dar. Um diesen Druck auf die Lohnarbeit mildern zu können, müssten die Hauptachsen des Parteiprogrammes auf eine radikale Neuverteilung der Arbeit, eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit, auf eine möglichst hohe garantierte Grundversorgung und hohe Beschäftigungsstandards (Lohn, Kündigungsschutz, Arbeitsgesundheit) gerichtet sein. Eine der wichtigsten Forderungen überhaupt ist jedoch eine demokratische Kontrolle der grösseren Unternehmen. Zudem sind Forderungen wichtig, die globale Anliegen aufnehmen wie etwa die Solidarität mit den Widerstandsbewegungen gegen fremde Besatzungsarmeen, eine offene Asylpolitik, die Abschaffung des Bankgeheimnisses, eine neue Ausrichtung des institutionellen Rahmens (Patent- und Konzernrecht, Steuerrecht, IWF, Weltbank, UNO-Sicherheitsrat, NATO, G8) und der Tätigkeit der internationalen Konzerne auf die Bedürfnisse der breiten Bevölkerungsschichten in der Peripherie.

Diese Option des Widerstandes, der Orientierung auf ein Projekt politischer und menschlicher Emanzipation ist heute auch in der Schweiz eine Notwendigkeit und mehr als eine blosse Träumerei. Auch wenn sie nur schwer vereinbar ist mit einer über 70-jährigen sozialdemokratischen Tradition. Wir dürfen nie vergessen, dass sich heute weltweit Millionen von Menschen z. B. in Lateinamerika und Asien aktiv gegen die neoliberale Offensive engagieren und für Alternativen kämpfen. Sie sind aufgrund ihrer verzweifelten Lage gezwungen, das Notwendige zu tun, damit das Unmögliche möglich wird!

Literatur

Baltensperger, Ernst, 2005: Mut zum Aufbruch – Zehn Jahre danach. Zürich

Basso, Pietro, 2003: Modern Times, Ancient Hours. Working Lives in the Twenty-first Century. London

Brenner, Robert, 2002: The Boom and the Bubble. London

Duménil, Gérard / Lévy, Dominique, 2000: Crise et sortie de la crise. Ordre et désordre néolibéraux. Paris

Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2004: Neuformiertes Machtkartell und die Linke in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 46, Zürich

Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2002: Flexibilisierungspakt oder Sozialismus. Politische Perspektiven der Linken. In: Widerspruch Heft 43, Zürich

Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2001: Politische Linke und Neue Mitte. In: Widerspruch Heft 41, Zürich

Husson, Michel, 1996: Misère du capital. Une critique du néoliberalisme. Paris

Oltener Kreis Linker SozialdemokratInnen, 2004: Warum wir Sozialistinnen und Sozialisten sind. Beitrag zu einer modernen Sozialdemokratie. http://al.sp-ps.ch/data/Parteitag-Congres/Cavalli_Moderne_Sozialdemokratie.pdf

Rennwald, Jean-Claude, 2004: Changer la Suisse, changer le PS. Contribution à la préparation du Congrès extraordinaire du Parti socialiste suisse (PSS) du 6 mars 2004 à Bâle. http://www.rennwald.ch/elections03/images/consfed.pdf

Schäppi, Hans / Schöni, Walter 1997: Gewerkschaftspolitik im Zeitalter des globalen Kapitalismus. Alternativen zur Globalisierungsdoktrin. In: Widerspruch, Heft 34: Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau? Zürich

Sommaruga, Simonetta / Strahm, Rudolf H., 2005: Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan. München. Wien

SPS, 1994: Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten. Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994-2005. SPS Wirtschaftsprogramm 1994. http://al.sp-ps.ch/data/Pospap-d/Wirtschaftskonzept_1994-2005.pdf

Widerspruch, 1997: Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau? Heft 34, Zürich

Reihe zur Einführung. Das Original. 130 Bände

»Eine kundige und programmatische Einführung in die historische Anthropologie.«
Neue Zürcher Zeitung

von Jakob Tanner
€ 14,50 [D] / sFr 26,20
ISBN 3-88506-601-7

JUNIUS
Besuchen Sie unsere neue Homepage: www.junius-verlag.de